Anfrage zur schriftlichen Beantwortung E-003570/2025
an die Kommission
Artikel 144 der Geschäftsordnung
Pascal Arimont (PPE)

Betrifft: Freizügigkeit für Menschen mit Behinderungen innerhalb der EU

Artikel 19 des Übereinkommens über die Rechte von Menschen mit Behinderungen spricht Menschen mit Behinderungen das Recht zu, ein unabhängiges Leben zu führen und in die Gemeinschaft einbezogen zu werden, und Artikel 28 verpflichtet die Staaten, für Zugang zu persönlicher Assistenz und zu entsprechenden unterstützenden Maßnahmen zu sorgen.

In der Praxis sehen sich viele Menschen mit Behinderungen, die täglich Unterstützung und Betreuung benötigen, allerdings mit erheblichen Hindernissen konfrontiert, wenn sie ihren Wohnsitz in einen anderen Mitgliedstaat verlegen möchten. Auf EU-Ebene gibt es keine Mechanismen für die Übertragbarkeit von Leistungen der persönlichen Assistenz und damit zusammenhängenden finanziellen Beihilfen, sodass es für Menschen mit Behinderungen äußerst schwierig ist, ihr Recht auf Freizügigkeit gemäß Artikel 21 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union wirksam auszuüben.

Diese Situation betrifft auch Studierende mit Behinderungen, die an Mobilitätsprogrammen der EU, etwa Erasmus+, teilnehmen, sowie Bürger, die aus beruflichen, studienbezogenen, altersbedingten oder persönlichen Gründen umziehen und somit Gefahr laufen, indirekt diskriminiert zu werden.

Die Kommission wird um Klarstellung folgender Punkte gebeten:

1. Welche Instrumente gibt es derzeit, um die Übertragbarkeit von Leistungen der persönlichen Assistenz und von finanziellen Leistungen für Menschen mit Behinderungen unter den Mitgliedstaaten sicherzustellen?

2. Auf welche Weise wird im Rahmen von Mobilitätsprogrammen den Bedürfnissen von Menschen mit Behinderungen Rechnung getragen, um im Aufnahmemitgliedstaat die Kontinuität der Assistenz und der Beihilfen sicherzustellen?

3. Plant die Kommission Initiativen, einschließlich Gesetzgebungsvorschlägen, um einen europäischen Rahmen für die gegenseitige Anerkennung und Koordinierung von Leistungen der persönlichen Assistenz und damit zusammenhängender finanzieller Unterstützung zu schaffen?

Eingang: 17.9.2025